

Prekäre Teilhabe und die Vertiefung der Geschlechtersegregation Geschlechtergerechte Teilhabe als Politik der Entprekarisierung

Die Arbeitswelt wird vernetzter, digitalisierter, unberechenbarer. Seminare zu Selbstmanagement, Zeitmanagement, Selbstvermarktung, Flexibilitätstrainings und Ähnliches mehr unter erfolgsversprechenden Titeln boomen. Diese Entwicklung gilt nicht nur für die industrielle Produktion. Industrie 4.0 ist das neue Marketingschlagwort zur Lukrierung von Fördergeldern. Tatsächlich betrifft es die gesamte Arbeitswelt. Prekäre Beschäftigungen werden nun als neue Möglichkeit verkauft, am Arbeitsmarkt teilhaben zu können. Statt Ausbau der Kinderbetreuung reicht nun der Ausbau der Datenleitungen ins private Heim. Stammebelegschaften kommen immer mehr unter Druck, der Ruf nach Flexibilität und ständiger Verfügbarkeit macht vor den Werkstoren nicht halt. Konsumenten/-innen kaufen und ordern 24 Stunden am Tag, sieben Tage die Woche. Die Entfremdung von Produktions- und Dienstleistungsbedingungen geht weiter voran, stellt Errungenschaften der Arbeiter/-innenbewegung vielfach unbemerkt in Frage. Diese Schnelllebigkeit macht auch krank. Psychische Erkrankungen nehmen massiv zu, Konsum von Psychopharmaka steigt, Arbeitsdruck wird durch Medikamente erträglich gemacht – langfristig auf Kosten der Gesundheit. Klassische Instrumente des Arbeitnehmer/-innenschutzes greifen immer weniger, Kontrollen sind schwierig. Die Grenze zwischen Selbstbestimmung und Selbstausbeutung ist fließend und bedarf dringend neuer Regeln und Vereinbarungen.

Die Zunahme prekärer Lebensverhältnisse ist eng an die Geschlechtersegregation am Arbeitsmarkt gekoppelt. Immer mehr Frauen sind berufstätig, aber es sind vor allem Teilzeitbeschäftigungen und prekäre Beschäftigungen, die auf Kosten von weiblicher Vollzeitbeschäftigung wachsen. Mittlerweile sind 36 Prozent der erwerbstätigen Frauen atypisch beschäftigt. Im Jahr 2014 gab es um 44.000 Teilzeitstellen mehr und um 36.400 Vollzeitarbeitsplätze weniger. Der Zuwachs bei Teilzeitjobs entfiel zu gut zwei Drittel auf Frauen. Die Hälfte aller erwerbstätigen Frauen ist teilzeitbeschäftigt. Verbunden ist diese Entwicklung bei Teilzeitbeschäftigungen und prekären Anstellungsverhältnissen mit Niedriglöhnen, regelmäßigen Zeiten der Erwerbslosigkeit und in der Folge unzureichenden Pensionen.

Diese Entwicklung läuft überwiegend entlang der Geschlechtergrenzen. Teilzeitbeschäftigungen, prekäre Arbeitsverhältnisse "boomen" vorwiegend bei Frauen, die (wieder) vermehrt als Zuverdienerinnen agieren, was die eigene existentielle Absicherung gefährdet. Die Aufteilung von bezahlter und unbezahlter Arbeit ist gleichzeitig auch die Aufteilung von Arbeit zwischen Männern und Frauen. Frauen, vorallem Zuwanderinnen, übernehmen den Großteil der Betreuungsarbeit von Kindern und pflegebedürftigen Angehörigen, auch weil ein Rechtsanspruch auf Pflegebetreuung fehlt.

Während immer mehr Menschen in prekärer Beschäftigung arbeiten bzw. keine Erwerbsarbeit haben, arbeiten andere zu viel: Rekordarbeitslosenzahlen stehen einer hohen Zahl von Überstunden gegenüber, die vorwiegend von Männern geleistet werden.

Eine Neuverteilung von Arbeit, aber auch eine andere Bewertung von Arbeit erscheint notwendiger denn je. Die zunehmende Prekarisierung vertieft gleichzeitig die Geschlechtersegregation am Arbeitsmarkt.

Diese Entwicklung macht die gerechtere Aufteilung von Arbeit und eine breite Debatte über „gute Arbeit“ dringend notwendig. Diese Debatte kommt nicht wirklich in Schwung und scheint nicht genügend Interesse auszulösen. Daran hat möglicherweise auch die Prekarisierung in der

Arbeitswelt selbst einen großen Anteil. Der Soziologe Klaus Dörre spricht im Zusammenhang von Ausbreitung unsicherer Beschäftigungsverhältnisse von „Disziplinierung“ der Arbeitsgesellschaft. Wachsender Arbeitsdruck, der Anstieg „verwundbarer“ Beschäftigungsverhältnisse (Robert Castel) und die Verfestigung der Rekordarbeitslosigkeit drängen ArbeitnehmerInnenrechte und Ansprüche auf „gute Arbeit“ in die Defensive. Der Diskurs um Perspektiven für „gute Arbeit“ muss daher eng verknüpft sein mit einer Auseinandersetzung um Geschlechterverhältnisse und einer Politik der „Entprekarisierung“ in der Arbeitsgesellschaft.

Sonja Ablinger, Lehrerin

Dagmar Andree, Leiterin Abteilung Arbeitsbedingungen in der Arbeiterkammer Oberösterreich

Judith Schwentner, Sozialsprecherin der Grünen im Nationalrat